

E r k l ä r u n g  
zur Gründung des Instituts

I.

Noch vor wenigen Jahren wurden Umweltschützer von vielen Bürgern, Wissenschaftlern und Politikern als weltfremd belächelt. Heute kann niemand die ökologische Krise leugnen: Wir vernichten unsere Erde, die Landschaft und die Städte, vergiften die Flüsse, das Meer und die Luft. Wir rotten Tiere und Pflanzen aus und verbrauchen die Rohstoffe dieser Erde. Um unseren Lebensstandard für wenige Jahre halten zu können, schließen wir die meisten Völker dieser Erde von einem menschenwürdigen Leben aus und überlassen sie der Armut und dem Hungertod. Unseren Nachkommen hinterlassen wir eine ausgeplünderte und vergiftete Welt. Wir Menschen in den industrialisierten Ländern sind im Begriff, die Lebensgrundlagen der gesamten Gattung zu zerstören.

Wir verkennen nicht, daß die Industrialisierung vielen erst die Bedingung eines menschlichen Lebens gebracht hat. Wir verstehen deshalb die Sorge vieler Arbeitnehmer, ihren sozialen und ökonomischen Status zu verlieren. Unsere Gesellschaft wird aber zunehmend nicht mehr in der Lage sein, soziale Sicherheit und gerechte Lebenschancen für alle zu gewährleisten. Trotz des Raubbaus an der Natur ist die ökonomische Krise bereits sichtbar. Diese Krise ist nicht nur vorübergehend, sondern in der Struktur unserer Gesellschaft begründet.

Die gesellschaftlichen Krisenphänomene machen eine Krise staatlicher Legitimität deutlich, die nicht mit Apellen und der Demonstration staatlicher Autorität zu beheben ist.

Ihr zugrunde liegt eine tiefe Krise unserer Wertordnung. Der Rückgriff auf traditionelle Ordnungsbegriffe in der aktuellen politischen Diskussion darf uns nicht darüber täuschen, daß wir im Begriff sind, wesentliche Werte der christlich -abendländischen Tradition, insbesondere die Idee einer humanen, solidarischen und gerechten Welt aufzugeben.

## II.

Einzelne Bürger und Wissenschaftler haben auf diese Krisen seit vielen Jahren hingewiesen. Staat, Verwaltungen, Industrie, Parteien und Verbände haben sie nicht gehört. Erst als die Bürger gemeinsam ihre Forderungen erhoben und ihren Willen demonstrierten, für die Erhaltung ihres Lebens selbst einzutreten, fanden sie Gehör.

Mit Sorge betrachten wir jedoch die Pläne in Regierungen und Parteien, diesen Protest der Bürger administrativ zu unterdrücken oder als kommunistische Umsturzmanöver zu diffamieren. Die Bürgerbewegung wird sich in ihrer demokratischen Zielsetzung weder durch solche Propaganda noch durch studentische Zirkel, die sich der ökologischen Bewegung anhängen, beirren lassen.

Hilfe fanden Bürger nur bei einer staatlichen Institution, den Gerichten. Diese haben in vielen Fällen das Schlimmste verhütet. Mit Sorge betrachten wir deshalb die Pläne in Regierungen und Parteien, den Rechtsschutz des Bürgers zu verkürzen, in dem die gerichtliche Kontrolle staatlichen Handelns eingeschränkt wird. Die Urteile zu Wyhl, Brockdorf und Kalkar sollten den Politikern Anlaß geben, darüber nachzudenken, daß sie ihrem Auftrag, Gesundheit und Leben der Bürger zu schützen, nicht ge-

recht wurden.

Wir alle tragen Mitverantwortung, ob und wie die Krisen unserer Welt bewältigt werden. Der Einzelne weicht nur zu gerne dieser Verantwortung aus mit dem Argument, er könne als Einzelner nichts ändern.

Wir haben erfahren: Weder Staat noch Verbände werden eine Wende bringen.

Wir können nur hoffen, wenn wir selbst handeln.

Aufgerufen ist jeder Einzelne, gemeinsam mitzuwirken an einer menschenwürdigen Zukunft.

### III.

In Gerichtsverfahren und Anhörungen trifft der kritische Bürger auf eine Phalanx der Experten, die Verwaltung und Industrie beraten. Immer mehr Bürger erkennen, daß die Wissenschaft nicht frei von Interessen ist. Nur wenige Wissenschaftler sind bislang bereit, Bürger zu unterstützen. Langfristig wird es Bürgerinitiativen aber nur gelingen, ihre Forderungen in Planungen und vor Gerichten durchzusetzen, wenn sie selbst die nötige wissenschaftliche Begründung liefern.

Mit dem Institut wollen wir Bürgern helfen, wissenschaftliche Unterstützung für ihre Verfahren zu gewinnen, in dem wir Gutachten liefern und Sachverständige vermitteln.

Der Kampf für eine menschenwürdige Zukunft erfordert jedoch mehr als nur die Abwehr drohender Schäden. Er verlangt von uns eine positive Antwort auf die Frage, wie wir leben wollen.

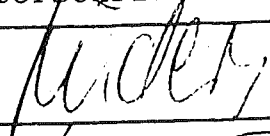
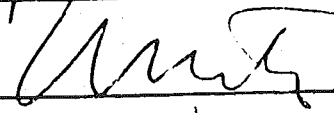

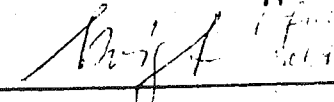
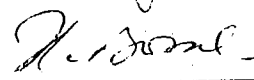
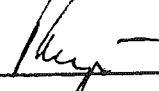
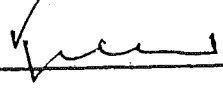
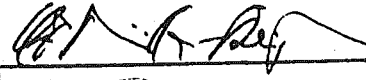


Wir wissen: Die Forschung von heute entscheidet mit über die künftigen Lebensbedingungen. Wir dürfen diese Forschung nicht länger nur Staat und Industrie überlassen. Wir wollen deshalb selbst Alternativen für die Zukunft erforschen. Diese Forschung muß die Fachgrenzen traditioneller Wissenschaft überschreiten und stets den technischen und sozialen Entwurf als Einheit sehen.

Angesichts der Krisen, ist die Gründung des Instituts nur ein bescheidener Beitrag. Wir meinen jedoch, daß diese Arbeit dringend begonnen werden muß. Da wir dieses Institut nur mit den Spenden Einzelner finanzieren wollen, um unabhängig zu sein, wird die Möglichkeit der Arbeit vom Willen der Bürger abhängen.

Wir fordern alle Bürger auf, die Arbeit des Instituts zu unterstützen.

Ich unterzeichne die vorstehend geheftete Satzung und gründe das Institut.

Wiedenfelsen, den 05.11.1977

Name in Druckbuchstaben	Unterschrift
Lüders, Albrecht	
Beeretz, Rainer	
STIFTUNG MITTLERE TECHNOLOGIE	i. V. 
(Fritz Voigt) <u>Aktion-Umweltschutz</u> Augsb. §	
BOSSEL, Hartmut	
OTTO, Hans Georg	H. G. Otto
Ruge, Anton	
KAISER, DR. PETER MICHAEL	Peter M. Kaiser
Harloff, Margot	M. Harloff
KELLER, DR. RUDOLF	
K.F. Müller-Reipman	
Köster, Dr. Juliana	J. Köster
<del>Köster</del> , Dr. Hermann	
KUCHEN, JÜRGEN	
Crauser, Uwe	Uwe Crauser
Rettig, J. Jacques	Rettig
Werkstatt zum Schutz des Lebens Wiedenfelsen-Württemberg e.V.	J. Rettig

